# «Ich befürworte eine vorübergehende Frauenquote»

**Brig/Sitten** Vor vier Jahren wurde Esther Waeber-Kalbermatten (SP) als erste Frau in den Walliser Staatsrat gewählt. Im RZ-Interview blickt sie auf ihre Amtszeit zurück und plädiert für eine gezielte Förderung der Frauen.

**Die türkischen Richter haben den Prozess gegen den FDP-Staatsratskandidaten Christian Varone bis nach den Wahlen vertagt. Die FDP dürfte an ihrem Kandidaten festhalten und somit ist Ihre Wiederwahl aufgrund der Bezirksklausel gesichert. Was sagen Sie dazu?**
Christian Varone weilte als Privatperson in der Türkei in den Ferien. Es handelt sich also um eine Privatangelegenheit. Deshalb habe ich von Anfang an entschieden, mich dazu nicht zu äussern. Ich sehe keinen Grund, das jetzt zu ändern.

**Die Folgen der «Stein-Affäre» dominieren den Wahlkampf. Ärgert Sie das?**
Die Medien beurteilen die Dinge manchmal anders oder setzen andere Prioritäten. Ich habe während meiner bisherigen Amtszeit verschiedene Themen und Ereignisse erlebt, die in den Medien grosse Wellen warfen. Aber ich lasse mich deswegen nicht von meiner Arbeit als Staatsrätin abbringen.

**Erstmals gross in die Schlagzeilen kamen Sie mit dem Hungerstreik von Bernard Rappaz. Da hatte man den Eindruck, dass Sie der Staatsrat etwas im Regen stehen liess?**
Die Entscheidungen, die damals zu treffen waren, sind Beschlüsse auf Departementsstufe. Nicht die Gesamtregierung, sondern ich als Departementsvorsteherin war zuständig. Das verantwortliche Regierungsmitglied übernimmt dann auch die Information. Meine Ratskollegen waren aber immer bestens über den Stand der Dinge orientiert.

**Welche Lehren hat der Staatsrat aus dem Fall Rappaz gezogen?**
Im Kanton Wallis fehlte damals die gesetzliche Grundlage. Das Departement hat deshalb als Konsequenz aus dem Fall Rappaz das Reglement mit dem Artikel über die Zwangsernährung ergänzt.

**Sie haben eine Neuorganisation der Gefängnisse in die Wege geleitet. Warum?**
Der Kanton verfügt über Untersuchungsgefängnisse in Brig, Sitten und Martinach, die Haftanstalt in Crêtelongue für den halboffenen Strafvollzug und die Ausschaffungshaft für Ausländer. In Umsetzung des Audits haben wir angefangen, die unterschiedlichen Haftformen und die Aufgaben der einzelnen Anstalten neu zu organisieren. Die Anstalt Les Iles in Sitten wird künftig vor allem als Untersuchungsgefängnis genutzt. Crêtelongue übernimmt den Strafvollzug, Personen in Halbgefangenschaft und solche mit externer Arbeit. Wir wollen nicht zu viele unterschiedliche Haftformen in derselben Strafanstalt haben. Die Konzentrierung auf eine einzelne Haftform erleichtert die Organisation und die Betreuung. Im Oberwallis ist diese Aufteilung nicht möglich. Das Regionalgefängnis Brig mit seinen 18 Plätzen bleibt in der heutigen Form bestehen. Das Audit kam zudem zum Schluss, dass wir zu wenig Personal haben. Die Walliser Gefängnisse benötigen 22 zusätzliche Mitarbeitende. Der Staatsrat hat zunächst zwei und der Grosse Rat dann weitere vier Stellen bewilligt. Diese Personen werden nicht bloss für die Überwachung, sondern auch für die soziale Wiedereingliederung der Inhaftierten und deren Beschäftigung benötigt.

## «Das Regionalgefängnis Brig bleibt in der heutigen Form bestehen»

**Ist die Integration von entlassenen Häftlingen schwierig?**
Die Wiedereingliederung ist in meinem Departement grundsätzlich ein grosses Thema. Das betrifft nicht nur Personen, die im Strafvollzug sind. Auch die Eingliederung von Menschen mit einer Behinderung ist uns ein grosses Anliegen. Deshalb werden auch mit Sozialhilfe- oder IV-Empfängern Wiedereingliederungsverträge abgeschlossen. Auf diesem Gebiet sind also verschiedene Institutionen aktiv. Und wir dürfen feststellen: Es gibt immer wieder Arbeitgebende, die Menschen mit Schwierigkeiten eine Chance geben.

**Sie haben die Reform «Polizei 2017» lanciert. Was sind die Schwerpunkte?**
Der Grundlagenbericht liegt vor. Im Wallis kennt man bekanntlich die Kantons- und die Gemeindepolizei. Aber fast die Hälfte der Gemeinden hat keine eigene Polizei. Der Bericht schlägt keine Einheitspolizei, sondern die Beibehaltung von zwei Korps vor: die Gemeindepolizei als Polizei der Nähe und die Kantonspolizei. Zudem hat der Bericht die Aufgaben und Voraussetzungen definiert. Eine Gemeindepolizei sollte mindestens aus fünf Polizisten/-innen bestehen, um rund um die Uhr den Einsatz zu gewährleisten. Aufgrund der ersten Gespräche mit der Vereinigung der Walliser Gemeinden wird das Departement bei den Gemeinden mit gezielten Fragen eine Vernehmlassung zum Bericht durchführen.

**Haben wir genug Polizisten?**
Bereits 2008, also vor meiner Amtszeit, hat der Grosse Rat beschlossen, das Polizeikorps um 75 Einheiten aufzustocken. Das Parlament hat also bereits damals erkannt, dass das Korps aufgestockt werden muss. Wir haben den Bestand seither gestaffelt jährlich um 12 Personen erhöht. Vor allem Agenten der mobilen Einheiten konnten dadurch entlastet werden. Die Frage des Polizeibestandes wird schweizweit immer wieder kontrovers diskutiert. Wir können aber feststellen: Die Kriminalität im Wallis liegt unter dem Schweizer Durchschnitt.

## «Der Notstand im Asylbereich ist akut»

**Die Fahrenden haben im letzten Jahr für Schlagzeilen gesorgt. Die Polizei hat bereits früher Standplätze gefordert. Wie kommt man hier voran?**
Dieses Dossier betrifft zwei Departemente. Mein Departement im Bereich Sicherheit, das Departement für Volkswirtschaft, Energie und Raumplanung im Bereich Standplätze. Im Wallis benötigen wir drei Standplätze für Fahrende. Es sind vor allem Fahrende aus der Schweiz, die vorübergehend zu uns kommen und hier auch einer Arbeit nachgehen. Bereits vor meinem Amtsantritt wurde eine Arbeitsgruppe mit der Suche nach neuen Plätzen beauftragt. Diese Suche erweist sich als schwierig. In Martinach haben wir einen Standplatz. In Siders werden seit längerem entsprechende Gespräche geführt. Im Oberwallis sucht das Departement für Volkswirtschaft, Energie und Raumplanung einen Platz. Noch schwieriger ist die Frage der Transitplätze. Hier sind wir auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden angewiesen. Die Erfahrungen in anderen Kantonen zeigen aber: Sobald man den Fahrenden Standplätze zur Verfügung stellen kann, ist vieles einfacher, vorab die Kontrollen.

**Viele Bürger haben Angst vor Fremden und befürchten eine Zunahme der Kriminalität. Haben Sie Verständnis für den Widerstand der Gemeinden gegen die Schaffung neuer Asylunterkünfte?**
Ich habe ein gewisses Verständnis, dass sich Gemeinden in Bezug auf Sicherheits- oder Nachbarschaftsfragen Sorgen machen. In den meisten Ortschaften, in denen wir eine Asylunterkunft haben, gibt es praktisch keine Probleme. Das Gegenteil ist der Fall: Asylsuchende führen oft auch Arbeiten für die Gemeinde aus. In Conthey, wo es bereits einmal eine Unterkunft gab, haben wir einen Informationsabend durchgeführt. Da haben Einheimische, die damals den Asylsuchenden Sprachunterricht gaben, berichtet, dass sie noch heute Kontakt zu einzelnen Personen haben. Wenn im Oberwallis eine Gemeinde bereit wäre, eine Kollektivunterkunft zu übernehmen, wäre es hilfreich, sich über die Erfahrungen in anderen Standortgemeinden zu erkundigen.

**Wie dringend benötigt das Wallis neue Kollektivunterkünfte für Asylbewerbende?**
Der Notstand im Asylbereich ist akut. Wir haben so viele Asylsuchende wie nie zuvor. Weil sich die Eröffnung neuer Asylunterkünfte erschwert, versuchen wir, die Asylsuchenden in Wohnungen unterzubringen. Aber ich werde vorerst keine Gemeinde dazu drängen, eine Kollektivunterkunft zu übernehmen – es sei denn, eine Gemeinde meldet sich selber. Das Dossier der Unterkunft auf dem Simplonpass ist noch pendent. Hier liegt nun ein Gutachten vor. Der Staatsrat hat zudem eine Kommission bestimmt, die bis im Herbst einen Bericht über die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Asylbereich abgeben wird. Mit dem Widerstand, den wir derzeit spüren, ist es schwierig, tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

**Überwiegt in Ihrem Amt eigentlich mehr der Frust als die Lust?**
Die Lust überwiegt ganz klar. Wenn die Freude am Amt und die Motivation, Neues zu gestalten, nicht mehr vorhanden sind, dann sollte man ein politisches Mandat niederlegen. Ich verspüre aber weiterhin Lust und Freude und bin bereit, meine Arbeit als Staatsrätin mit Engagement weiterzuführen.

## «Kriminalität im Wallis liegt unter dem Schweizer Durchschnitt»

**Wann hat ein Staatsrat oder eine Staatsrätin ein Erfolgserlebnis?**
Solche gibt es viele. Ein Beispiel: Der Grosse Rat hat am Freitag dem neuen Gesetz über den Bevölkerungsschutz einstimmig zugestimmt. Dieses ersetzt das vorherige Gesetz zur Katastrophenhilfe, welche seit zehn Jahren sehr kontrovers diskutiert wurde. Jetzt haben wir in den Bereichen Feuerwehr, Zivilschutz und Bevölkerungsschutz alles geregelt und aufeinander abgestimmt.

**Sie sind zugleich auch die Sozialvorsteherin des Kantons. Welche Veränderungen gab es hier in den letzten Jahren?**
Im Rahmen der neuen Aufgabenteilung ging die Verantwortung und Finanzierung der sozialen Institutionen, die Menschen mit einer Behinderung betreuen, vom Bund an den Kanton über. Hier konnten wir einiges bewirken und Bedenken seitens dieser Einrichtungen entkräften. Statt des befürchteten Abbaus gab es neue Atelier- oder

Beherbergungsplätze für behinderte Menschen. Haben der Kanton und die Gemeinden 2009 total 56 Millionen an den Betrieb dieser Institutionen gezahlt, so sind es 2013 rund 75 Millionen Franken.

**Sie sind die erste Walliser Staatsrätin. Aber bereits als Grossrätin haben Sie sich für die Gleichstellung engagiert. Befürworten Sie eine Frauenquote?**
Bei meiner Arbeit als Staatsrätin achte ich beispielsweise bei der Besetzung von Arbeitsgruppen darauf, dass beide Sprachregionen und auch die Geschlechter angemessen vertreten sind. Grundsätzlich muss die Frauenförderung Aufgabe aller Parteien und der Wirtschaft sein. Der Frauenanteil in den Gemeinden und im Kantonsparlament ist noch immer zu gering. Das ist schade. Es gibt zahlreiche gut ausgebildete, kompetente und motivierte Frauen, die gerne Verantwortung übernehmen würden. Deshalb bin ich für eine vorübergehende Frauenquote auf den Listen, in Verwaltungsräten und in leitenden Funktionen.

**Text: German Escher / Fotos: Walter Bellwald**

### ZUR PERSON

**Vorname:** Esther **Name:** Waeber-Kalbermatten **Geburtsdatum:** 24.September 1952 **Familie:** verheiratet, 3 Söhne **Beruf:** Apothekerin **Funktion:** Staatsrätin (SP) **Hobbys:** Wandern, Kochen

### NACHGEHAKT

| | |
|---|---|
| Ich befürworte die Abzockerinitiative. | **Ja** |
| Der Frauenanteil auf den Grossratslisten enttäuscht mich. | **Ja** |
| Alle Staatsräte müssen sich einem zweiten Wahlgang stellen. | **Joker** |

(Der Joker darf nur einmal gezogen werden.)